



Sanierungsmassnahmen und ihre steuerliche Behandlung

Eine Sanierung sollte steuerlich solide geplant werden. Der nachfolgende Artikel zeigt gängige Sanierungsmassnahmen auf und erörtert, was es dabei aus Steuersicht zu beachten gilt.

Von Benjamin Trunz, eidg. dipl. Steuerexperte

Das Kalenderjahr 2020 war für viele Unternehmen aufgrund der bekannten Corona-Situation sehr herausfordernd. Die Folge davon ist leider voraussichtlich, dass eine Vielzahl von Unternehmen bzw. deren Generalversammlungen in den kommenden Wochen Sanierungsmassnahmen beschliessen müssen. Allenfalls haben Unternehmen im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2020 bereits kurzfristige Massnahmen ergriffen (Rangrücktritt) und planen nun eine nachhaltige Sanierung. Im Zusammenhang mit solchen Sanierungen gibt es aus Steuersicht einige willkommene Erleichterungen, aber auch einige Stolpersteine, die in der Folge aufgezeigt werden.

HANDELSRECHTLICHE GRUNDLAGEN

Eine der Kernaufgaben des Verwaltungsrats einer AG ist in Art. 725 Obligationenrecht geregelt: Zeigt die letzte Jahresbilanz, dass die Hälfte des Aktienkapitals und der gesetzlichen Reserven

nicht mehr gedeckt ist, so beruft der Verwaltungsrat unverzüglich eine Generalversammlung ein und beantragt Sanierungsmassnahmen. Ein solcher «hälftiger Kapitalverlust» ist nachfolgend grafisch dargestellt.

Besteht eine begründete Besorgnis einer Überschuldung, d.h. der Verlustvortrag übersteigt das

Aktienkapital und die gesetzlichen Reserven, bestehen noch weitergehende Pflichten für den Verwaltungsrat, auf die an dieser Stelle nicht weiter eingegangen wird.

Mögliche Sanierungsmassnahmen der Aktionäre werden nachfolgend aus steuerlicher Sicht analysiert.

Bilanz Muster AG, 31.12.2020 (in TCHF)

Umlaufvermögen	200		
Anlagevermögen	720	Fremdkapital	850
Verlustvortrag	80	Aktienkapital	100
		Gesetzl. Reserven	50

Kapitalverlust ab TCHF 75

KAPITALEINLAGE DER AKTIONÄRE

Die Aktionäre (bzw. der Alleinaktionär) können eine Aktienkapitalerhöhung beschliessen. Dies ist aber handelsrechtlich umständlich (GV-Beschluss, Eintrag ins Handelsregister, je nach Art der Einlage Prüfung des Kapitalerhöhungsberichts durch einen Revisor etc.). Steuerlich lösen solche Kapitalerhöhungen die Emissionsabgabe von 1 Prozent aus.

Somit werden in der Praxis von den Aktionären anstatt Aktienkapitalerhöhungen oft Zuschüsse à fonds perdu beschliessen. Diese stellen Zuschüsse in die Reserven der Gesellschaft dar ohne Erhöhung des Aktienkapitals. In einem solchen Fall werden die Zuschüsse mit dem bestehenden Verlustvortrag verrechnet, und die Gesellschaft profitiert für die Emissionsabgabe vom Sanierungsfreibetrag von CHF 10 Mio., welcher über die Lebensdauer des Unternehmens gewährt wird.

FORDERUNGSVERZICHTE DER AKTIONÄRE

Im Grundsatz unterliegen Forderungsverzichte der Aktionäre gemäss aktueller Steuerpraxis bei der empfangenden Gesellschaft der Gewinnsteuer. Jedoch können solche Sanierungserträge mit steuerlichen Verlusten verrechnet werden, die bereits weiter zurückliegen als die ordentliche Verlustverrechnungsperiode von sieben Jahren. Gemäss Kreisschreiben Nr. 32 der ESTV kann in zwei Ausnahmefällen ein steuerbarer Sanierungsertrag vermieden werden: i) falls das Aktionärsdarlehen vor der Sanierung steuerlich als verdecktes Eigenkapital behandelt wurde; ii) falls das Aktionärsdarlehen wegen schlechten Geschäftsgangs gewährt wurde und unter den gleichen Umständen von unabhängigen Dritten nicht zugestanden worden wäre. Da eine Deklaration als verdecktes Eigenkapital in der Regel mit nachteiligen Gewinnsteuerfolgen bei der Gesellschaft und mit Verrechnungssteuerfolgen verbunden ist, ist dies in der Praxis relativ selten anzutreffen. Dasselbe gilt für das Sanierungsdarlehen, da im Steuerrecht von Transaktionen zwischen verbundenen Parteien, die dem Drittvergleich nicht standhalten, im Normalfall abgeraten wird.

Ein Forderungsverzicht, der bei der empfangenden Gesellschaft einen Grossteil der bestehenden Verlustvorträge auffrisst, ist steuerlich ein höchst unbefriedigendes Ergebnis. Jedoch bestehen

steuerliche Lichtblicke für solche Konstellationen. Das Bundesgericht hat in einem Urteil im Zusammenhang mit einem Forderungsverzicht aus dem Jahr 2014 bestätigt, dass der Steuerpflichtige sich auf die von ihm gewählte rechtliche Ausgestaltung seiner Geschäfte behaften lassen müsse. So konnten in der Praxis die unschönen Gewinnsteuerfolgen von Forderungsverzichten bereits mehrfach vermieden werden, indem rechtlich nicht ein Forderungsverzicht beschliessen wurde, sondern eine Einlage der Forderung durch den Aktionär mit anschliessender Verrechnung der Forderung und der Schuld auf Stufe der Gesellschaft.

SANIERUNGSFUSION

Bestehen mehrere Gesellschaften innerhalb einer Gruppe, kann die sanierungsbedürftige Gesellschaft auch durch eine Fusion mit einer gesunden Gesellschaft saniert werden. Gängige Fusionen sind Absorptionen der sanierungsbedürftigen Tochtergesellschaft durch die gesunde Muttergesellschaft oder eine Fusion von Schwestergesellschaften. Ein Vorteil dieser Massnahme besteht darin, dass noch nicht verrechnete Vorjahresverluste übernommen werden können, sofern der operative Betrieb der sanierungsbedürftigen Gesellschaft weitergeführt wird.

RANGRÜCKTRITT AUF DEM AKTIONÄRS-DARLEHEN

Durch einen Rangrücktritt des Aktionärs tritt seine Forderung im Rang gegenüber allen ande-

ren Gläubigern zurück, bleibt aber bestehen. Dies ist in der Praxis eine elegante Lösung, da dadurch die Problematik der Sanierung nach Art. 725 OR gelöst werden kann und gleichzeitig keine Steuerfolgen ausgelöst werden. Zwar stellt der Rangrücktritt keine nachhaltige Sanierungsmassnahme dar (da das Verhältnis zwischen Aktienkapital/Reserven und Verlustvortrag unverändert bleibt), aber dadurch kann sich der Verwaltungsrat oftmals Zeit verschaffen für einen umfassenden Sanierungsplan.

FAZIT

Die sanierungsbedürftige Gesellschaft hat im Sanierungsfall mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Umso ärgerlicher ist es, falls durch die Sanierung zusätzlich noch unliebsame Gewinnsteuer- oder Emissionsabgabefolgen resultieren. Somit sollte eine Sanierung steuerlich solide geplant werden. Neben den aufgezeigten Steuerfolgen für die sanierungsbedürftige Gesellschaft sollten unbedingt auch die Steuerfolgen auf Stufe Aktionär bzw. auf Stufe der sanierenden Partei (kann bspw. auch eine Schwestergesellschaft sein) analysiert werden.

Wir hoffen selbstverständlich nicht, dass Ihre Gesellschaft per Ende 2020 sanierungsbedürftig ist bzw. im Laufe des Jahres 2021 sanierungsbedürftig wird. Falls dem aber so wäre, können Sie bei der steueroptimalen Planung der Sanierung auf uns zählen! ■

Haben Sie Fragen? Wir unterstützen Sie gerne.

Benjamin Trunz und weitere Steuerfachleute stehen Ihnen mit Rat und Tat zur Seite. Die Provida deckt mit rund 70 Mitarbeitenden das ganze Spektrum von Steuern & Recht, Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung und Treuhandwesen kompetent ab. Profitieren Sie von unserem Know-how und unserer Erfahrung. Ein unverbindlicher Vergleich lohnt sich. www.provida.ch

Neu bieten wir mit der Provida academy verschiedene Kurzseminare aus den Bereichen Finanzen & Steuern, Digitalisierung & Datenschutz, Personal, Recht und Führung an. Die ersten Seminare starten ab Mitte Juni. Verschaffen Sie sich einen Überblick auf www.provida-academy.ch.

Autor:

Benjamin Trunz, eidg. dipl. Steuerexperte, benjamin.trunz@provida.ch, T +41 71 227 70 80

PROVIDA

■ ■ ■ ■
 ■ Unternehmensberatung ■ Steuern & Recht
 ■ Wirtschaftsprüfung ■ Treuhand

